

Timothy Garton Ash

**Wohin treibt
die europäische Geschichte?**

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

1 KLEINE REIHE

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

THEODOR-HEUSS-GEDÄCHTNIS-VORLESUNG 1997

Timothy Garton Ash

Wohin treibt
die europäische Geschichte?

THEODOR-HEUSS-GEDÄCHTNIS-VORLESUNG

Aus Anlaß des Todestages von Theodor Heuss, der am 12. Dezember 1963 verstarb, veranstalten die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und die Universität Stuttgart alljährlich eine Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung. Zum Andenken an den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland referiert eine herausragende Persönlichkeit der Wissenschaft oder des öffentlichen Lebens über ein Thema der Zeitgeschichte. Die Vorlesung steht in der Tradition der öffentlichkeitswirksamen Rede, mit der Theodor Heuss ein spezifisches und für die Nachfolger in seinem Amt verpflichtendes Zeichen setzte. Sie ehrt zugleich den Hochschuldozenten Heuss, der von 1920–1933 als Dozent an der „Deutschen Hochschule für Politik“ und 1948 als Honorarprofessor für politische Wissenschaften und Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart lehrte.

Timothy Garton Ash

geb. 1955, ist Zeithistoriker am St. Antony's College in Oxford und ein bekannter Publizist. Er verbrachte mehrere Jahre in beiden Teilen Berlins und reiste wiederholt nach Mittel- und Osteuropa. Aus eigener Anschauung und durch seine Kontakte zu oppositionellen Intellektuellen verfolgte er die gesellschaftlichen Veränderungen in Osteuropa in den achtziger Jahren und erlebte auch die Öffnung des Eisernen Vorhangs als Augenzeuge in Ost-Berlin. In seinen Veröffentlichungen untersuchte Timothy Garton Ash insbesondere die Auswirkungen, die der Kalte Krieg und sein Ende auf Deutschland und die europäischen Staaten hatte. Buchveröffentlichungen: *Ein Jahrhundert wird abgewählt* (1990), *Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent* (1993), *Die Akte „Romeo“* (1997).

Im vorliegenden Beitrag, mit dem Garton Ash die Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung eröffnete, fragt er nach den Prioritäten und Konsequenzen des europäischen Einigungsprozesses vor und nach 1989. Ziel der Europapolitiker sei die Vertiefung der Europäischen Union und zugleich ihre Erweiterung nach Osten. Diese beiden Ziele seien jedoch nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. Garton Ash warnt daher vor der Gefahr einer tiefen Kluft innerhalb der Europäischen Union. Statt dessen schlägt er einen „Paradigmenwechsel“ in der Europapolitik vor: Die Priorität solle nicht länger auf der Vereinigung ausgewählter europäischer Länder liegen, sondern statt dessen auf der Errichtung einer „liberalen Ordnung“ auf dem ganzen Kontinent.

Wohin treibt die europäische Geschichte?

Es ist mir eine große Ehre und eine Freude, hier die erste Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung halten zu können. Wir ehren damit den ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und einen großen württembergischen Liberalen. Was ich zu sagen habe, wird von einer konstruktiven Skepsis erfüllt sein, die hoffentlich auch in Heussens Sinne ist. Er hat beispielsweise in seiner Robert-Bosch-Biographie über den pan-europäischen Propheten Richard von Coudenhove-Kalergi leicht ironisch folgendes geschrieben: „Er [Coudenhove] besaß die wunderbare Fähigkeit, dann, wenn sich etwa die Schwierigkeiten der konkreten Wirtschaftsinteressen meldeten oder die Abgründigkeiten eines nationalen Geschichtsgefühls, die Magie des Wortes spielen zu lassen, die mit allem fertig wurde und auch nüchterne Realisten bezauberte oder verblüffte“. Im Geiste dieser Heuss'schen Kritik an Coudenhove möchte ich hier nun ein paar Gedanken vorlegen zu der bescheidenen Frage: „Wohin treibt die europäische Geschichte?“

Aber ist diese Frage eigentlich sinnvoll? Haben uns nicht gerade die großen Ereignisse des Jahres 1989 einmal mehr gezeigt, wie töricht der Versuch ist, die Zukunft vorherzusagen? Historiker, einschließlich derjenigen unter uns, die versuchen, die Geschichte der Gegenwart zu schreiben, sollten sich besonders in acht nehmen. 1989 war unter anderem ein weiterer Beweis für das Elend des Historizismus in der spezifischen Definition des Begriffes, die Karl Popper geprägt hat. Historizismus also als Behauptung, naturwissenschaftliche Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte aufspüren zu können. Wäre es nicht weiser, sich an das Gebot des Geschichtsphilosophen Collingwood zu halten, wonach die Aufgabe des Historikers allein darin besteht, zu zeigen, wie die Gegenwart entstanden ist? Ich habe mich entschlossen, diese alte Weisheit zu ignorieren. Wenn man tief in die Zeitgeschichte eintaucht, gewinnt man doch ein Gespür dafür, wie sich die Dinge möglicherweise entwickeln werden. Und diese historisch informierten Vermutungen mögen in einem Zeitalter, in dem die europäische Geschichte ungewöhnlich offen ist, von einem gewissen Nutzen für die europäische Politik sein.

Meine Bemerkungen beschränken sich weitgehend auf die innere Ordnung des europäischen Kontinents. Ich werde mich aber weniger mit Geschichtsphilosophie befassen, sondern etwas näher am Boden bleiben – dort nämlich, wo politische Theorie und politische Realität sich kreuzen. Denn es gibt Europa, aber auch „Europa“. Es gibt den Ort, den Kontinent, die politische und ökologische Wirklichkeit, und es gibt Europa als Idee und Ideal, als Traum, als Projekt, als Prozeß, als Fortschritt auf dem Weg zu einer „finalité européene“. Dieses Europa als Wille und Vorstellung steht in einer engen wechselseitigen Beziehung zur Entwicklung des Gebildes, das heute „Europäische Union“ heißt. Der Name „Europäische Union“ ist ja selbst ein Ausdruck dieses Idealismus. Denn eine Union ist das, was sie sein soll, nicht das, was sie heute ist.

Auf deutsch steigt man gelegentlich zu geradezu schwindelerregenden Höhen des dialektischen Europa-Idealismus auf. So lautet der Titel einer deutschen Publikation zur jüngsten europäischen Entwicklung „Europa der Gegensätze auf dem Wege zu sich selbst“. Auf englisch ergibt das ungefähr so viel Sinn wie „Das London der Verkehrsstaus auf dem Wege zu sich selbst“. Doch selbst in Großbritannien haben wir uns an etwas gewöhnt, das ich die Whig-Interpretation der jüngsten europäischen Geschichte nenne. In dieser Geschichtsschreibung erscheint die Geschichte Europas seit 1945 als kontinuierlicher Fortschritt zu mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Integration und am Ende – oder als Endziel – zur Einheit. Ein klassisches Beispiel dieser europäischen Selbst-Interpretation ist Jean-Baptiste Duroselles „Europa: eine Geschichte seiner Völker“, das 1990 gleichzeitig in mehreren europäischen Sprachen veröffentlicht wurde. Dieser idealistisch-teleologische Diskurs rückt eine einzige Idee ins Zentrum der Diskussion: Vereinigung. Die Geschichte Europas seit 1945 wird als die Geschichte einer Vereinigung erzählt; eine schwierige, verzögerte, Rückschläge erleidende Vereinigung, die nichtsdestoweniger fortschreitet. Das ist die große Erzählung, die Millionen europäischer Schulkinder gelehrt wird und die ostmitteleuropäische Politiker übernehmen, wenn sie davon sprechen, zu einem „sich vereinigenden Europa“ zurückzukehren. Es ist eine Erzählung, deren nächstes Kapitel gerade jetzt von einem führenden deutschen Historiker geschrieben wird: von Dr. Helmut Kohl. Der jahrtausendhafte Höhepunkt soll am 1. Januar 1999 mit einer Währungsunion erreicht sein, die einige der führenden Staaten Europas unwiderruflich zusammenbinden soll. Diese Staatengruppe soll dann ihrerseits der „magnetische Kern“ einer größeren Vereinigung werden.

Die europäische Vereinigung wird aber nicht nur als Ergebnis des politischen Willens visionärer Staatsmänner von Monnet und Schuman bis Mitterrand und Kohl angesehen. Sie gilt auch als eine notwendige, ja unumgängliche Antwort auf tieferliegende historische Kräfte. Das momentan gängige Schlagwort zur Beschreibung dieser Kräfte heißt „Globalisierung“. Nationalstaaten sind nicht länger in der Lage, ihre politischen und ökonomischen Interessen auf eigene Faust zu verteidigen. Sie sind solchen übernationalen Akteuren wie Währungsspekulanten, multinationalen Konzernen oder dem internationalen organisierten Verbrechen einfach nicht gewachsen. Macht und Identität, so wird argumentiert, wandern den Nationalstaaten nach oben und unten hin ab: nach oben auf die supranationale Ebene und nach unten auf die regionale. In einer globalisierten Welt großer Handelsblöcke wird sich Europa nur als eine größere, politisch-wirtschaftliche Einheit behaupten können. In diesem Sinne wird der auch in England hochverehrte ehemalige Oberbürgermeister von Stuttgart, Herr Manfred Rommel, in einem neuen Europa-Buch von John Newhouse zitiert: „Wir leben unter der Diktatur der globalen Wirtschaft. Es gibt keine Alternative zum vereinigten Europa“.

Es wäre absurd, die Stichhaltigkeit dieser Argumente ganz zu leugnen. Ich werde dennoch behaupten, daß sie – wenn sie im idealistisch-teleologischen Diskurs von der europäischen Vereinigung zusammengeschmolzen werden – zu einem gefährlich irreführenden Bild des wahren Bodens führen, auf dem europäische Staatsmänner am Ende des 20. Jahrhunderts bauen müssen. Im folgenden werde ich lediglich einen kurzen Blick auf die Jahrtausende vor 1945 werfen, die nunmehr abgeschlossene Epoche des geteilten Jalta-Europas von 1945 bis 1989 etwas genauer betrachten und mich dann auf die Entwicklung seit 1989 konzentrieren.

I

Beginnen wir mit den Jahrtausenden. Im Register von Arnold Toynbees groß-angelegtem „Studium der Geschichte“ findet man unter dem Stichwort „Europa“ folgende reizvolle drei Eintragungen: zuerst „Europa, als Schlachtfeld“, dann „Europa, als kein verständliches Feld historischer Forschung“ und zuletzt „Europa, Vereinigung von, Scheitern von Versuchen zur“. Der wichtigste Punkt ist natürlich der zweite: „Kein verständliches Feld historischer Forschung“. Es sei „kultureller Mißbrauch eines nautischen Begriffs“ meint

Toynbee, wenn man annehme, daß hellenische Geschichte und die Neue Geschichte der westlichen Welt aufeinanderfolgende Akte eines einzigen europäischen Dramas seien. Ihm erscheint die Periodisierung des polnischen Historikers Oskar Halecki fundiert, nach der auf ein Mittelmeer-Zeitalter der Antike ein Europäisches Zeitalter folgt, das sich ungefähr von 950 n. Chr. bis 1950 erstreckt, aber seinerseits von einem Zeitalter abgelöst wird, das Halecki das Atlantische Zeitalter nennt – heute würden wir eher vom Globalen Zeitalter sprechen. Doch selbst während des Europäisches Zeitalters blieb die östliche Grenze des Kontinents undefiniert: War es die Elbe? Oder die Grenzlinie zwischen westlichem und östlichem Christentum? Oder der Ural? Die politische Geschichte Europas war geprägt von einer erstaunlichen Vielfalt der Völker, Nationen, Staaten und Reiche und vom endlosen, oftmals gewaltsamen Wettbewerb zwischen ihnen.

Kurz gesagt, kein Kontinent war nach außen hin schlechter definiert, im Innern vielfältiger und geschichtlich unordentlicher. Doch hat auch kein Kontinent mehr Pläne für seine eigene friedliche und ordentliche Vereinigung entwickelt, weshalb unsere teleologisch-idealistischen oder Whig-Interpreten einen beeindruckenden Stammbaum intellektueller und politischer Vorfahren aufweisen können: vom böhmischen König Georg Podiebrad über den Duc de Sully und William Penn (der bereits in Amerika schrieb) bis zu Aristide Briand und dem schon erwähnten, halb-österreichischen, halb-japanischen Propheten Pan-Europas, Richard von Coudenhove-Kalergi. Das Problem besteht nur darin, daß die Pläne für eine europäische Vereinigung, die friedlich waren, nicht realisiert wurden, während jene, die realisiert wurden, nicht friedlich waren. Sie beinhalteten entweder eine zeitlich begrenzte Solidarität gegen einen äußeren Feind oder den Versuch eines einzelnen europäischen Staates, mit Waffengewalt eine Hegemonie über Europa zu errichten. Doch auch diese Versuche, von Napoleon bis Hitler, schlugen fehl, wie Toynbees Register kurz und trocken bemerkt.

II

Der Versuch einer Vereinigung Europas seit 1945 unterscheidet sich also von allen früheren Versuchen dadurch, daß er sowohl friedlich als auch realisiert worden ist – und bis jetzt auch erfolgreich, zumindest in dem ganz elementaren Sinn, daß er länger als alle bisherigen Versuche hält. Die idealistische

Interpretation dieser historischen Besonderheit ist, daß wir Europäer zu guter Letzt aus der Geschichte gelernt haben. Der „Europäische Bürgerkrieg“ von 1914 bis 1945 hat uns am Ende doch zur Vernunft gebracht.

Das bedarf jedoch einer etwas genaueren Untersuchung. „Friedlich“, zunächst, gilt nur im Sinne von „Abwesenheit von heißem Krieg“, und selbst das trifft nur auf den Kontinent westlich des Eisernen Vorhangs zu. Man denke an die sowjetischen Einmärsche in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968 oder an die Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981/82. Zudem war der ganze Kontinent tiefgreifend von der Erfahrung des Kalten Krieges geprägt. Fast schon zum Gemeinplatz geworden ist die Beobachtung, daß wir erst nach dem Ende des Kalten Krieges begreifen, wieviel die westeuropäische Integration ihm schuldete. Die Eule der Minerva fliegt wieder in der Dämmerung.

Erstens einmal wirkte die Sowjetunion als negativer, externer Integrator. Angesichts des gemeinsamen Feindes rückten die Westeuropäer zusammen wie einst gegen die Mongolen oder die Türken. Zweitens wirkten die Vereinigten Staaten als positiver, externer Integrator. Besonders in den frühen Jahren übten sie starken Druck in Richtung auf eine westeuropäische Integration aus und machten sie beinahe zur Vorbedingung für weitere Marshall-Plan-Hilfe. Drittens half der Kalte Krieg ganz brutal, indem er den Großteil Mittel- und Osteuropas hinter dem Eisernen Vorhang einschloß. Dadurch konnte die europäische Integration mit einer relativ kleinen Anzahl von Nationalstaaten beginnen, alles bürgerliche Demokratien auf einem ungefähr vergleichbaren wirtschaftlichen Niveau und mit wichtigen älteren Elementen einer gemeinsamen Geschichte. Darüber hinaus gab es in dieser westlichen Ecke des Kontinents wichtige Kompromisse zwischen den politischen und wirtschaftlichen Nationalinteressen der beteiligten Staaten, vor allem zwischen denen Deutschlands und Frankreichs.

All das soll nicht die Existenz eines echten Elements europäischen Idealismus innerhalb der Eliten jener Zeit in Frage stellen. Aber je mehr wir über diese frühe Epoche herausfinden, besonders durch die Öffnung der Archive, die zuvor unter der 30-Jahre-Regel verschlossen waren, desto mehr kommt zum Vorschein, wie hartnäckig die Akteure nationale Interessen verfolgten, seien es nun Schuman, de Gasperi oder Adenauer, geschweige denn Churchill oder

de Gaulle. Die großen Idealisten sind, meine ich, eher in der nächsten und übernächsten Generation zu finden, den Generationen also, die die führenden europäischen Politiker der 70er und 80er Jahre stellten. Gewiß waren die nationalen Interessen auch dann noch machtvoll präsent. Großbritannien etwa trat der damaligen EWG in der Hoffnung bei, seiner heruntergekommenen Wirtschaft auf die Sprünge zu helfen und den Schwund seines Einflusses in der Welt aufzuhalten. In einem Buch, veröffentlicht 1988 unter dem bezeichnenden Titel „La France par l'Europe“, schrieb kein Geringerer als Jacques Delors, daß „die Erschaffung Europas ein Weg ist, die Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen, die für ‚une certain idée de la France‘ notwendig erscheint.“ Die Zauberformel „une certain idée de la France“ stammt natürlich von de Gaulle. In meinem Buch „Im Namen Europas“ habe ich gezeigt, daß auch das deutsche Engagement für die westeuropäische Integration sehr eng mit der Verfolgung nationaler Interessen, nicht zuletzt in der Ostpolitik, verflochten war.

Außer dieser Mischung ernsthafter idealistischer und national-instrumenteller Motive gab es jedoch unzweifelhaft ein wachsendes Bewußtsein echter gemeinsamer Interessen. In einer Welt, die politisch von Supermächten und wirtschaftlich von größeren Handelsblöcken beherrscht wurde, erwiesen sich die Staaten Europas als immer weniger in der Lage, ihre nationalen Interessen alleine wahrzunehmen.

Diese drei Motive und jene drei günstigen äußeren Umstände bewirkten zusammen, daß die 1970er und 1980er Jahre eine beeindruckende Folge von Schritten in Richtung auf engere politische Zusammenarbeit und wirtschaftliche und rechtliche Integration sahen: vom Haager Gipfel im Dezember 1969 über die Direktwahlen für das europäische Parlament und die Gründung des europäischen Währungssystems bis zur Einheitlichen Europäischen Akte und dem großen Projekt der Vollendung des Binnenmarktes im magischen Jahr 1992.

Nun trug dieser dynamische Prozeß, vor dem Hintergrund erneuerten Wirtschaftswachstums und der Ausbreitung der Demokratie in Südeuropa, direkt zum Ende des Kalten Krieges bei. Um einmal die Sprache der Systemtheorie zu gebrauchen: Wenn die Europäische Gemeinschaft ihr Leben als Subsystem des Kalten Krieges begonnen hatte, dann koppelte das Subsystem nunmehr

kraftvoll in das größere System zurück. Konkreter ausgedrückt: Es gibt reichhaltiges Beweismaterial dafür, daß einer der Gründe für Michael Gorbatschows „neues Denken“ in der Außenpolitik die sowjetische Befürchtung war, noch weiter hinter einem „Europa“ zurückzubleiben und von einem „Europa“ ausgeschlossen zu werden, das den Anschein erweckte, technologisch fortgeschritten und wirtschaftlich dynamisch zu sein und sich hinter dem Schutz hoher Zollmauern integrierte.

Um wieviel mehr galt dies für die Völker Ostmitteleuropas, die sich Europa sowieso kulturell und historisch – und mit der Leidenschaft der Ausgegrenzten – zugehörig fühlten und für die das wohlhabende Westeuropa, das sie auf ihren Reisen sahen, nunmehr eindeutig die bessere Alternative zum diskreditierten und stagnierenden Realsozialismus darstellte. Die große Parole der samtenen Revolutionen von 1989 in Mitteleuropa war denn auch folgerichtig „die Rückkehr nach Europa“. In scheinbarem Widerspruch zur historischen Logik könnte man also argumentieren, daß „1992“ in Westeuropa eine der Ursachen für „1989“ in Osteuropa war.

Die teleologisch-idealistische oder Whig-Interpretation der jüngsten europäischen Geschichte, die in den 1980ern weithin gelehrt und akzeptiert wurde, mag im Verlauf der vertieften historischen Forschung vieles an Überzeugungskraft einbüßen. Aber gerade die Verbreitung und die Massenwirkung dieser Interpretation war in sich selbst ein einschneidender historischer Faktor. 1989 schien die ultimative Bestätigung ihrer Richtigkeit zu liefern.

III

Was haben wir nun seitdem erlebt? Es ist möglich, die letzten acht Jahre als eine weitere, ja als die entscheidende Wegstrecke auf der Wallfahrt zur europäischen Einigung zu deuten. Die Gemeinschaft ist in Union umbenannt worden. Die führenden Staaten Westeuropas haben außergewöhnliche Anstrengungen unternommen, um für den beispiellosen Schritt der Währungsunion bereit zu sein. Gleichzeitig wurden Vorbereitungen zur Erweiterung der Union getroffen. Im nächsten Jahr sollen Verhandlungen mit mindestens fünf neuen postkommunistischen Demokratien beginnen. Gewiß, der Weg war nicht frei von Schwierigkeiten, aber in seiner gesamten Geschichte ist Europa niemals der Verwirklichung seiner friedlichen Vereinigung so nahe gekommen.

Dieser optimistischen Deutung müssen wir leider eine Anzahl von Einwänden entgegenhalten. Der erste ist, daß im gleichen Zeitraum der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt ist; Krieg und, im früheren Jugoslawien, Grausamkeiten, die wir in Europa seit 1945 nicht mehr gesehen haben. Eine der Kernbehauptungen der europäischen Integration ist, daß sie Krieg in Europa undenkbar gemacht habe. Was ist von dieser Behauptung übriggeblieben? Gelegentlich erreichte in diesen Jahren der Gegensatz von westeuropäischer Rhetorik und osteuropäischer Wirklichkeit eine geradezu groteske Dimension. „Krieg ist in Europa undenkbar geworden“, verkündeten die Politiker in Straßburg oder Brüssel. Krachend schlugen zur gleichen Zeit Mörsergranaten in Sarajewo ein.

Zum zweiten erleben selbst die Kernstaaten der alten Europäischen Gemeinschaft eine breite Reaktion gegen das technokratische, elitäre Konzept, „Europa von oben her zu bauen“, das im undurchdringlichen Detail-Dickicht des Maastrichter Vertrages versinnbildlicht ist. Der französische Volksentscheid mit seiner hauchdünnen Mehrheit für den Maastrichter Vertrag ist ein deutliches Symptom dieser Reaktion. Diese Verfremdung und das Gefühl, daß es den Institutionen der Europäischen Union gefährlich an demokratischer Legitimation mangelt, hält sich zäh.

Drittens haben die Jahre seit 1989 neben der weiteren schrittweisen Aufgabe von effektiver Macht und Souveränität durch etablierte Nationalstaaten auch die explosionsartige Entstehung von mindestens einem Dutzend neuer Nationalstaaten erlebt. Niemals zuvor im zwanzigsten Jahrhundert verzeichnete die Karte Europas mehr Staaten als heute. Im früheren Jugoslawien erwachsen diese Staaten durch ethnische „Säuberungen“ und gewaltsame Veränderung der Grenzen. In der ehemaligen Tschechoslowakei kam die Teilung in zwei Staaten friedlich zustande, durch Verhandlungen. In der ehemaligen Sowjetunion gab es verschiedene Zwischenstufen. Ich werde nicht behaupten, daß diese Aufspaltungen Ausdruck einer tieferliegenden Notwendigkeit oder einer Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Entwicklungen waren. Es gab jeweils spezifische Ursachen, die oftmals mit dem Vorgehen postkommunistischer Politiker zusammenhingen, nationale Programme manipulativ zu benutzen, um für sich selbst Macht zu gewinnen oder die eigene Macht zu festigen. Nichtsdestoweniger würde ein diplomatischer Beobachter, der 1897 eingeschlafen wäre und heute nach hundertjährigem Schlaf aufgeweckt würde, sicherlich

ausrufen: „Oh ja, das kommt mir alles sehr bekannt vor. Dieses merkwürdige moderne Bedürfnis, daß jede Nation ihren eigenen Staat einfordert, schreitet offensichtlich fort“. Wie Ernest Gellner, der kürzlich verstorbene britisch-mitteleuropäische Doyen der Nationalismusforschung, stets behauptet hat, ist die Forderung „eine Kultur – ein Staat“ äußerst modern.

Diese Logik kann sogar eng mit jener der Demokratie verbunden sein. Demokratie bedarf des Vertrauens. Es ist notwendig, daß die Minderheit die Entscheidung der Mehrheit hinnimmt, weil die Minderheit den Staat noch immer grundsätzlich als „ihren“ betrachtet. Das Argument ist schwerlich neu; man findet es bereits in John Stuart Mills „Considerations on Representative Government“. „In einer Bevölkerung ohne brüderliche Gefühle“, schreibt Mill, „insbesondere wenn sie verschiedene Sprachen liest und spricht, kann die geeinte öffentliche Meinung, die für das Funktionieren des repräsentativen Regierungssystems notwendig ist, nicht existieren“.

Das Phänomen der Aufspaltung ist dabei keinesfalls nur auf die postkommunistische Hälfte des Kontinents beschränkt. Das Klischee „Integration im Westen, Desintegration im Osten“ hält genauerer Untersuchung nicht stand. So bin ich jedesmal überrascht, wenn die fortschreitende Auflösung Belgiens als Beleg für den Niedergang des Nationalstaats und den Aufstieg des Regionalismus angeführt wird. Denn die Spannungen, die Belgien auseinanderreißen, wären einem liberalen Nationalisten aus dem neunzehnten Jahrhundert nur zu vertraut. Jede ethno-linguistische Gruppe fordert ein wachsendes Maß an Selbstverwaltung bis hin zur Selbstbestimmung.

Und wie steht es mit der Zentralmacht Europas? Es wäre wohl schwierig, die einfache Behauptung zu bestreiten, daß Deutschland seit 1989 wieder ein souveräner Nationalstaat geworden ist. In Berlin sind wir Zeugen der außerordentlichen architektonischen Wiederherstellung der grandiosen Hauptstadt eines historischen Nationalstaats. Doch gleichzeitig drängen Deutschlands Politiker, allen voran Helmut Kohl, auf die Aufgabe der nationalen Währung, jener wichtigen Komponente nationaler Souveränität und auch – besonders im Nachkriegsdeutschland – nationaler Identität. Ein gewisser Widerspruch besteht sozusagen zwischen der Architektur in Berlin und der Rhetorik in Bonn. Ich glaube nicht, daß dieser Widerspruch dialektisch aufgelöst werden kann – nicht einmal in der Heimat der Dialektik. Deutschland befindet sich

meines Erachtens – und ich warte gerne auf Widerspruch – in einem politisch-psychologischen Zustand, den man als faustisch bezeichnen kann: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“. Wenn 1999 die Währungsunion beginnt und die Bundesregierung nach Berlin umzieht, wird das Land am 1. 1. 2000 in seinem neuen Bett aufwachen, sich am Kopf kratzen und fragen: „Warum haben wir eigentlich gerade die D-Mark aufgegeben?“ Dr. Kohls unausgesprochene Antwort: „weil wir uns selbst nicht trauen können“ wird, so vermute ich, einer neuen Generation nicht genügen. „Warum nicht?“ wird sie fragen.

Das bringt mich zu dem zentralen und unvermeidlichen Thema Währungsunion. Damit allein könnten wir natürlich den ganzen Abend verbringen. Ich werde mich hier auf drei kurze Bemerkungen beschränken: eine über Ursachen, zwei über Wirkungen. Natürlich gibt es wirtschaftliche Gründe für die Währungsunion, doch sie ist in erster Linie ein wirtschaftliches Mittel zu einem politischen Zweck. Allgemein gesprochen ist sie eine Fortführung der funktionalistischen Methode, die von den deutschen und französischen Architekten der Gemeinschaft seit den 1950ern angewendet wird: durch wirtschaftliche Integration zur politischen Integration fortzuschreiten. In diesem Sinne wurde das Projekt Währungsunion in den späten achtziger Jahren in Paris, Brüssel und Rom wiederbelebt als Teil jener dynamischen Folge von Schritten vor 1989, auf die ich bereits eingegangen bin.

Der Entscheidung, die Währungsunion zum zentralen Ziel der europäischen Integration in den 1990ern zu machen, liegt jedoch eine viel spezifischere Kausalität zugrunde. Wie so oft zuvor liegt der Schlüssel in einem Kompromiß zwischen den nationalen Interessen Deutschlands und Frankreichs. François Mitterrands besorgte und widerstrebende Unterstützung der deutschen Vereinigung und Helmut Kohls Unterstützung eines entscheidenden Schrittes in Richtung auf eine europäische Währungsunion wurden 1990 eng miteinander verknüpft. Wollte man es mit einem Karikaturbild ausdrücken, so könnte man sagen, daß das deutsche Engagement für die europäische Währungsunion ein vordatierter Scheck auf die Wiedervereinigung war. Die Bundesrepublik mag Milliarden von D-Mark an die Sowjetunion gezahlt haben, um deren widerwillige Zustimmung zur deutschen Einheit zu erhalten – verglichen mit dem Scheck für Frankreich waren es, wie man so schön sagt, peanuts. Datiert auf den 1.1.1999 lautet er: Zahlen Sie dem Überbringer gegen diesen Scheck nicht so-und-so viele Milliarden D-Mark, sondern die D-Mark selbst!

Nun weiß ich natürlich, daß dieses Bild keineswegs die ganze Wahrheit erfaßt; so ist eben die Kunst der Karikatur. Ein anderer wichtiger Teil ist selbstverständlich, daß Bundeskanzler Kohl und viele andere deutsche Führungspersönlichkeiten die Währungsunion wollten, damit das frisch vereinigte Deutschland fest und unumkehrbar in ein neuvereintes Europa eingebunden werde. Es sei eben doch zu schwierig und gefährlich für Deutschland mit seiner kritischen Größe, in der berühmt-berüchtigten Mittellage auf sich allein gestellt zu sein und zwischen seinen neun Nachbarn und vielen Partnern zu balancieren. So kommt es also, daß sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union am Ende des 20. Jahrhunderts auf ein riesiges Wagnis eingelassen haben, auf dessen Ausgang das übrige Europa nur mit größter Spannung warten kann.

Eine Folge der Währungsunion ist jedoch bereits offenbar geworden, bevor die Union überhaupt begonnen hat. Es steht meines Erachtens außer Frage, daß das Maastrichter Programm zur internen Vereinigung die westeuropäischen Politiker Zeit, Aufmerksamkeit und Energie gekostet hat, die sie sonst den Problemen der neubefreiten Osthälfte des Kontinents hätten widmen können. Gewiß, es besteht kein theoretischer Widerspruch zwischen der „Vertiefung“ und der „Erweiterung“ der europäischen Union, um die vertrauten Fachausdrücke zu verwenden. Tatsächlich bedarf die Erweiterung der Vertiefung. Wenn die wichtigsten Institutionen der EU, die ursprünglich für sechs Mitgliedsstaaten geplant waren, auch in einer Gemeinschaft von sechsundzwanzig funktionieren sollen, dann sind tiefgreifende Reformen, die auch notwendigerweise eine weitere Abgabe von Souveränität beinhalten müssen, unausweichlich. Jedoch unterscheiden sich diese Reformen von denen, die für die Währungsunion notwendig sind.

Um es geradeaus zu sagen: Ich glaube, daß unsere Politiker nach 1989 die falschen Prioritäten gesetzt haben. Wir gleichen einer Familie, die vierzig Jahre lang in einem großen, heruntergekommenen Haus gelebt hat, das in der Mitte durch eine Betonwand geteilt war. In der westlichen Hälfte hatten wir renoviert, das Dach neu eingedeckt, mehrere Trennwände durchgebrochen, frisch tapeziert, die Rohre neu verlegt und die elektrischen Leitungen erneuert; in dessen wurde die östliche Seite des Hauses gefährlich baufällig. Dann fiel die Mauer, und was taten wir? Wir kamen zu dem Entschluß, daß das Haus nichts dringlicher benötigte als eine nagelneue computergesteuerte Klimaanlage im

Westflügel. Während wir uns mit den Vorbereitungen für die Installation beschäftigten, begann der Ostflügel einzustürzen und fing sogar Feuer. Wir bastelten in Maastricht, während Sarajewo brannte. Aber selbst wenn wir diese enormen politischen Opportunitätskosten (um einen Begriff aus der Wirtschaftswissenschaft zu verwenden) beiseite lassen, wie sehen jetzt die Chancen für dieses Projekt im eigenen Rahmen aus? Wie nicht anders zu erwarten, argumentieren verschiedene Ökonomen verschiedentlich. Aber es gibt bedeutende Stimmen, die sehr glaubwürdig nahelegen, wie schwierig und sogar stürmisch die Zukunft noch werden kann. Ich will hier nur ein Argument aufgreifen, das sowohl am Schnittpunkt zwischen Wirtschaft und Politik liegt als auch an demjenigen zwischen nationalen und europäischen Belangen.

In krasser Verkürzung lautet das Argument folgendermaßen: Die verschiedenen Gebiete eines großen Wirtschaftsraumes wie des gemeinsamen europäischen Marktes müssen in der Lage sein, individuell auf wirtschaftliche Erschütterungen zu reagieren, die sich unterschiedlich auf sie auswirken (auf englisch nennt man sie *asymmetric shocks*). Ein Mechanismus, um das zu erreichen, sind flexible Währungskurse, die einfache Anpassungen zwischen den Mitgliedsstaaten ermöglichen. Weitere Mechanismen sind Preis- und Lohnflexibilität, Arbeitnehmermobilität oder direkte Finanztransfers in die betroffenen Gebiete. Die Währungsunion der Vereinigten Staaten verfügt über all diese Ausgleichsmechanismen: Flexibilität, Mobilität *und* Vorsorge für großangelegte Finanztransfers. Die Kosten für diese Transfers werden von den amerikanischen Bürgern und Steuerzahlern akzeptiert, weil sie alle der gleichen Nation angehören, dieselbe Sprache sprechen und im Gegenzug dieselbe Unterstützung erwarten würden. Diese solidarischen Gewohnheiten sind über eine lange gemeinsame Geschichte im selben Staat herangewachsen.

Weder in Sachen Lohn- und Preisflexibilität noch in Sachen Arbeitskraftmobilität kann Europa sich auch nur annähernd mit Amerika messen. Bleibt als einziger wichtiger Ausgleichsmechanismus der Finanztransfer. Doch die Europäische Union verteilt zur Zeit höchstens 1,27 Prozent des Bruttosozialprodukts ihrer Mitgliedsstaaten um, und davon ist der Großteil in bereits existierende Projekte eingebunden. Was wird also passieren, wenn eine Region Frankreichs (oder Belgiens oder Italiens) in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät, die benachteiligten Franzosen auf die Straße gehen (wie das so ihre Art

ist), und die französische Regierung sich mit der Forderung nach Finanztransfers an ihre besser gestellten Partner, in erster Linie Deutschland, wendet? Wir haben in den Jahren seit 1989 miterlebt, wie widerwillig die westdeutschen Steuerzahler selbst für ihre ostdeutschen Landsleute aufgekomen sind. Können wir ernsthaft erwarten, daß sie auch noch für die französischen Arbeitslosen bezahlen? Jenes essentielle Mindestmaß an Vertrauen und gegenseitiger Solidarität zwischen den Bürgern, das ein zerbrechlicher Schatz demokratischer Nationalstaaten ist, besteht noch nicht zwischen den Bürgern Europas. Denn es gibt eben kein europäisches „demos“, keine europäische „polis“ und gewiß keine Nation Europa.

Ich habe die Argumente notgedrungen nur im Telegrammstil angedeutet. Der Schluß, zu dem sie alle zusammenführen, ist aber alarmierend. Es steht zu erwarten, daß das „Europa“, von dem ich hoffe, daß ihm die ersten neuen mitteleuropäischen Demokratien im Jahr 2000 oder nur wenig später beitreten werden, nicht weniger, sondern eher mehr Spannungen zwischen seinen führenden Staaten und Nationen ausgesetzt sein wird. Denn in Maastricht haben die Politiker der EU den Wagen vor das Pferd gespannt. Jene vertraute Mischung aus drei verschiedenen Arten von Motiven – idealistischen, national-instrumentellen und Gemeinschaftsinteressen – brachte sie dazu, sich auf etwas einzulassen, das ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Vereinigung Europas sein sollte, aber im Endeffekt möglicherweise mehr teilen als einigen wird. Das trifft nicht nur auf das Verhältnis zwischen den Gründungsmitgliedern und denen, die anfangs nicht teilnehmen – die sogenannten „ins and outs“ oder „ins and pre-ins“ – zu, sondern auch auf die Kernteilnehmer selbst. Unterdessen hat die gewaltige Konzentration auf dieses eine Projekt zur Vernachlässigung der historischen Chance beigetragen, die sich in der östlichen Hälfte des Kontinents bot als die Mauer fiel.

Das Beste kann so oft der Feind des Guten sein. Der rationalistische, funktionalistische und perfektionistische Versuch, durch eine feste Kerngruppe auf der Basis einer schnellen Währungsunion „Europa zu vollenden“, könnte am Ende leicht das genaue Gegenteil des gewünschten Effekts bewirken. Einige zeitgenössische Cassandra – oder Kassandren – gehen noch weiter und meinen, daß wir sogar einen weiteren Eintrag in Toynbees Register unter „Europa, als Schlachtfeld“ miterleben könnten. Darauf könnte man antworten, daß wir das bereits erlebt haben: im früheren Jugoslawien. Die These, daß der Par-

forceritt zur Einheit die Gefahr gewaltsamer Konflikte zwischen den Staaten Westeuropas mit sich bringe, erscheint jedoch aus zumindest drei Gründen drastisch überzogen. Zunächst ist da das wichtige und großenteils überzeugende neo-kantianische Argument, demzufolge es unwahrscheinlich ist, daß bürgerliche Demokratien gegeneinander Gewalt anwenden. Zweitens unterscheidet sich unsere Situation dahingehend von der Zeit vor 1945, daß wir in den USA einen meistens wohltuenden, außereuropäischen Hegemon haben. Drittens ignoriert eine solche These die wirklichen Errungenschaften der europäischen Integration: die einzigartigen, beispiellosen Strukturen und die tief eingepprägten Gewohnheiten dauernder institutionalisierter Zusammenarbeit, die sicherstellen, daß Interessenkonflikte, die zwischen den Mitgliedsstaaten und -nationen bestehen und auch in Zukunft bestehen werden, niemals gewaltsam ausgetragen werden. All die endlosen stunden- und tagelangen Verhandlungen in Brüssel zwischen Ministern aus fünfzehn europäischen Staaten, die sich am Ende gegenseitig besser kennen als ihre eigenen Familien: das ist die Essenz dieses „Europas“. Es ist selbstverständlich eine Wirtschaftsgemeinschaft; es ist aber auch eine Sicherheitsgemeinschaft im Sinne von Karl Deutschs klassischer Definition: eine Gruppe von Staaten, denen es tatsächlich undenkbar erscheint, ihre internen Konflikte mit Gewalt zu lösen.

IV

Ich möchte meine Ausführungen nun mit einem bescheidenen Vorschlag abschließen – und zwar dem Vorschlag für einen Paradigmenwechsel in unserem Europa-Denken. Man könnte gewiß behaupten, daß Westeuropa ohne sein utopisches Ziel oder Telos „Einheit“ nie soweit gekommen wäre. Nur indem wir das feierlich in einer Reihe von europäischen Verträgen bekräftigte Ziel der Vereinigung entschlossen verfolgt haben, konnten wir jenen bescheideneren Grad dauerhafter institutionalisierter Zusammenarbeit mit wichtigen Elementen rechtlicher und wirtschaftlicher Integration erreichen, den wir haben. Als Paradigma für eine europäische Politik unserer Zeit ist jedoch das Konzept „Vereinigung“ grundsätzlich verfehlt.

Die jüngste Epoche europäischer Geschichte bietet uns keinen Hinweis darauf, daß die ungeheuer vielfältigen Völker Europas, die so verschiedene Sprachen sprechen, so unterschiedliche Geschichten, Geographien, Kulturen und Volkswirtschaften aufweisen, dazu bereit sind, friedlich und freiwillig in eine

einziges „polis“ zu verschmelzen. Die Epoche ist sogar reich an Belegen für eine entgegengesetzte Tendenz: hin zur Errichtung – oder Wiedererrichtung – der Nationalstaaten. Wenn eine kleine Anzahl westeuropäischer Staaten mit starken Elementen einer gemeinsamen Geschichte und unter den paradoxerweise günstigen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges keine „Einheit“ erreicht hat, wie können wir dann erwarten, ihr in jenem unendlich größeren und vielfältigeren Europa – dem ganzen Kontinent –, mit dem wir es nach dem Ende des Kalten Krieges zu tun haben, auch nur nahe zu kommen?

Andererseits ist es genauso unrealistisch anzunehmen, daß wir zu einem Europa zurückkehren könnten oder sollten, das einfach nur Harold Macmillans glorifizierte Freihandelszone oder de Gaulles „Europe des Patries“ wäre. Ich bin mir sicher, daß niemand hier der Fehleinschätzung unterliegen wird, meine intellektuelle Skepsis mit der chauvinistischen Euroskepsis einiger meiner Landsleute zu verwechseln. Meine Sicht auf Europa ist genau so sehr mitteleuropäisch wie britisch, und im Gegensatz zu jenen britischen Euro-skeptikern bin ich leidenschaftlich für die Bewahrung und Fortentwicklung dessen, was beim Aufbau eines neuen Europas bereits errungen worden ist. Aber es sind genau diese Errungenschaften, die ich durch den Parforceritt zur Einheit gefährdet sehe.

Wie können wir also das, was schon erreicht wurde, positiv beschreiben, und auf welches realistische Ziel sollten wir hinarbeiten? Ich glaube, daß das beste Paradigma das einer *liberalen Ordnung* ist. Das Streben nach einer liberalen Ordnung ist ein Versuch, die beiden Extreme zu vermeiden, zwischen denen Europa während des Großteils seiner modernen Geschichte unglücklich hin- und hergependelt ist: blutige Unordnung einerseits und andererseits eine hegemoniale Ordnung, die selbst auf Gewaltanwendung und der Unterdrückung von nationalen und demokratischen Bestrebungen innerhalb ihrer konstitutiven Reiche, Blöcke oder Interessensphären beruhte. Die Europäische Union, die NATO, der Europarat und die OSZE sind alle Elemente, Bausteine einer solchen liberalen Ordnung.

Die liberale Ordnung unterscheidet sich in mehreren entscheidenden Punkten von früheren europäischen Ordnungen. Ihr erstes Gebot ist Gewaltverzicht zwischen den Mitgliedsstaaten bei der Austragung von Konflikten. Das ist natürlich ein altes Ziel. Ein Vorläufer findet sich bereits in König Georg Podie-

brads berühmtem Vorschlag zur „Einläutung des Friedens in der ganzen Christenheit“ aus dem Jahre 1464. Aber heute verfügen wir über wohlerprobte Einrichtungen eines bürgerlichen Internationalismus, in denen wir das praktizieren, was Churchill als „making jaw-jaw rather than war-war“ bezeichnet hat.

Die liberale Ordnung ist bewußt und programmatisch nicht-hegemonial. Sicherlich hängt das System zu einem gewissen Grad von den Vereinigten Staaten ab, die als meistens wohltuender externer Hegemon die Balance halten. Und innerhalb des Systems hat Luxemburg natürlich nicht das gleiche Gewicht wie Deutschland. Das neue Ordnungsmodell, das wir in der Europäischen Union entwickelt haben, erlaubt kleineren Staaten aber bewußt ein Maß an Einfluß, das disproportional zu ihrer Größe ist. Ein weiteres Schlüsselement dieses Modells besteht darin, daß es Staaten den Abschluß verschiedener Zweckbündnisse zu einzelnen Themen erlaubt und keine dauerhaften Allianzen zementiert.

Die liberale Ordnung unterscheidet sich auch darin von früheren europäischen Ordnungen, daß sie das Interesse der beteiligten Staaten an den internen Angelegenheiten ihrer Partner ausdrücklich legitimiert. Indem sie auf dem sogenannten Helsinki-Prozeß aufbaut, behandelt sie Menschen-, Bürger- und nicht zuletzt Minderheitenrechte als primäre und legitime Gegenstände internationaler Fürsorge. Diese Rechte sollen durch internationale Normen, Unterstützung und, wo notwendig, auch durch Druck aufrechterhalten werden.

Eine solche liberale Ordnung erkennt und anerkennt die Logik, die Menschen gleicher Sprache, Kultur und Tradition zu dem Wunsch führt, sich in ihrem eigenen Staat selbst zu regieren. Es gibt so etwas wie einen liberalen Nationalismus. Die liberale Ordnung nimmt aber auch zur Kenntnis, daß in vielen Fällen eine friedliche, säuberliche Trennung in Nationalstaaten unmöglich sein wird. In solchen Fällen übernimmt sie die Verantwortung, bei der Bewahrung von verschiedentlich als multi-ethnisch, multi-kulturell oder multi-national bezeichneten Demokratien innerhalb des internationalen Rahmens zu helfen. Diese Hilfe haben wir im Falle Bosniens mit katastrophalen Folgen unterlassen; für Mazedonien und Estland können wir sie noch leisten.

Es wird Ihnen auffallen, daß in diesem Paradigma ein Gedanke fehlt, der in gegenwärtigen europäischen Visionen noch immer sehr wichtig ist, beson-

ders in den Visionen ehemaliger Großmächte wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland. Das ist die Vorstellung von „Europa“ als Akteur auf der Weltbühne, als Weltmacht, die sich gegen die Vereinigten Staaten, Rußland oder China behaupten kann. Diese Vision teile ich tatsächlich nicht. Nur weil er gemeinschaftlich unternommen wird, halte ich einen Griff nach der Weltmacht keineswegs für attraktiver als die Versuche, die einzelne europäische Staaten früher – auf größere Weise – mit demselben Ziel unternommen haben. Sicherlich müssen wir in einer Welt großer Handelsblöcke in der Lage sein, unsere eigenen Interessen zu schützen. Sicherlich bedeutet eine liberale Ordnung auch eine Ordnung, in der so viel Handelsfreiheit wie möglich gewährt und auch genossen wird. Sicherlich wird ein Maß an Machtprojektion, einschließlich der koordinierten Anwendung militärischer Macht, notwendig sein, um die Ziele der liberalen Ordnung durchzusetzen – innerhalb Europas und auch in angrenzenden Gebieten, die von lebenswichtigem Interesse für uns sind, wie etwa Nordafrika und der Mittlere Osten. Darüber hinaus wäre es aber ein ausreichender Beitrag zum Wohlergehen der Welt, wenn wir unser eigenes gesamteuropäisches Haus in Ordnung bringen.

Nun könnte jemand vielleicht einwenden, ich habe der Semantik überhaupt zuviel Aufmerksamkeit gewidmet. Warum sollte man die Gemeinschaft nicht „Union“ und den Prozeß nicht „Vereinigung“ nennen, selbst wenn das nicht ganz der Wirklichkeit entspricht? Vaclav Havel scheint dieser Position an einer Stelle nahe zu kommen, wenn er schreibt: „Heute versucht Europa, sich selbst eine historisch neue Ordnung zu geben im Rahmen eines Prozesses, den wir als Vereinigung bezeichnen.“ Selbstverständlich erwarte ich auch nicht, sozusagen, die Entnennung der Europäischen Union. Der sehr lose Zusammenschluß der Staaten der Welt heißt schließlich noch die Vereinten Nationen! Aber ich bin, offen gestanden, zu sehr der englische Empiriker, um mit einer systematischen Fehlbeschreibung ganz glücklich zu sein. Was jedoch viel wichtiger ist: Ich hoffe gezeigt zu haben, weshalb das Streben nach Vereinigung sogar jene Errungenschaften gefährden könnte, deren Krönung sie sein sollte. In der Tat, wenn wir uns einreden lassen, daß ein Stehenbleiben auf dem Weg zur „Einheit“ dem Versagen gleichkommt, dann riskieren wir, dem Triumph noch in letzter Sekunde ein Scheitern abzurufen. Denn das, was in einem großen Teil Europas bereits erreicht wurde, um eine liberale Ordnung aufzurichten, ist wahrlich schon ein sehr großer Erfolg.

Es ist, kurzum, ein dringenderes und geschichtlich betrachtet auch ein realistischeres Ziel für die europäische Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, eine liberale Ordnung zu festigen und schrittweise auf dem gesamten Kontinent auszubreiten, als vergeblich nach der vollendeten Vereinigung eines Teils zu streben. Zudem ist die liberale Ordnung auch keinesfalls ein weniger idealistisches Ziel als die Einheit. Denn die Einheit ist kein primärer Wert an sich. Sie ist nur ein Mittel zu höheren Zwecken. Dagegen beinhaltet die liberale Ordnung nicht einen sondern gleich zwei primäre Werte: Frieden und Freiheit. Versuchen wir also, die europäische Geschichte dahin zu treiben, daß eine solche liberale Ordnung entsteht.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine parteiunabhängige Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Leben und Werk des ersten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884–1963). Theodor Heuss engagierte sich seit Anfang des Jahrhunderts aktiv im politischen Leben – als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Journalist und Historiker, als Redner und als Zeichner. In einem Jahrhundert, das geprägt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und der Konfrontation der Ideologien, steht Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Als erstes Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur fiel Heuss daher die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

An diesen vielfältigen Lebensbezügen von Theodor Heuss orientiert sich die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit der Stiftung: das Theodor-Heuss-Kolloquium zu Themen der Zeitgeschichte, Seminare zur politischen Bildung und die politisch-kulturellen Veranstaltungen. In den Stiftungsräumen stehen der interessierten Öffentlichkeit der umfangreiche Nachlaß von Theodor Heuss und eine Bibliothek zur Verfügung, die sowohl Heussens vollständiges publizistisches Oeuvre als auch Literatur zur deutschen und europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts umfaßt. Der Nachlaß bildet die Grundlage für eine geplante „Stuttgarter Ausgabe“ der Reden, Schriften und Briefe des ersten Bundespräsidenten. Ein wichtiges Forum zur Auseinandersetzung mit Leben und Werk von Theodor Heuss in ihren zeitgeschichtlichen Zusammenhängen wird auch die geplante Gedenkstätte im Feuerbacher Weg 46 bieten, die zusammen mit einer Dauerausstellung in seinem früheren Stuttgarter Wohnhaus eingerichtet wird.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Garton Ash, Timothy: *Wohin treibt die europäische Geschichte?* /
Timothy Garton Ash. [Hrsg. von der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus]. - Stuttgart : Stiftung Bundespräsident-Theodor-
Heuss-Haus, 1998 (Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung ... ; 1997)
(Kleine Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus ; 1)
ISBN 3-9805979-3-8
ISSN 1435-1242

Herausgegeben

von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus,
Im Himmelsberg 16, 70192 Stuttgart

Redaktion: Thomas Hertfelder, Gudrun Kruij

Foto: Peter-Andreas Hassiepen, Foto Archiv Carl Hanser Verlag

Gestaltung: Arne Holzwarth, Büro für Gestaltung, Stuttgart

Gesamtherstellung: J. F. Steinkopf, Druck GmbH, Stuttgart

© SBTH, Juli 1998

